

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

190 (19.8.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönatlich 1.— M mit 90 3 ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 3, Samstags 15 3. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle
20 3, auswärts 25 3, Reklamen 80 3. Annahmefluß 8 Uhr vormittags.
Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Scheffelung: Georg Schöcklin; für die Redaktion verantwortlich: Ben-
n. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: mann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Der Eroberungstriebe in Marokko

Bereitstellung einer großen Offensive — Die Großregiere gegen Abd el Krim — 100 französische Bataillone in Marokko
Paris, 18. Aug. Nach dem „Echo de Paris“ werden sich die französischen Streitkräfte in Marokko bis Ende August auf 100 Bataillone belaufen, von denen 72 in der vordersten Linie und die übrigen 28 in Reserve stehen werden.

Paris, 18. Aug. Aus Scheschanou wird berichtet: Ein Aufmarsch des Großvezirs von Marokko, der in Tausenden von Grenadiere abgemorren wurde, fordert die ausländische Bevölkerung auf, sich der marokkanischen Regierung zu unterwerfen. In dem Aufmarsch steht es, zwar könnten Frankreich und Spanien Verluste beibringen, letzten Endes aber würden sie, wie die Geschichte es bisher stets bewiesen habe, Sieger bleiben. Eine besondere Botschaft an die Dschehallas erklärt, die marokkanische Regierung beabsichtige keine Aktion. Sie wünsche, daß die Dschehallas ihr Territorium selbst schützen und sei bereit, ihnen dabei zu helfen.

Gibraltar, 18. Aug. Nach einer Meldung aus Algeciras ist dort gestern Abend General Primo de Rivera von Marokko kommend, eingetroffen. Wie Reuters meldet, verlautet, daß in diese General Petain, Primo de Rivera und Malou zu einer Konferenz zusammenkommen. In Algeciras werden Transporthilfe zusammengezogen und Verstärkungen nach Marokko entsandt. Es werden ferner Truppen aus Madrid, Sevilla und anderen Garnisonen erwartet.

Paris, 18. Aug. Ministerpräsident Poincaré ist heute vormittag in Paris eingetroffen und hat sich gleich zum Präsidenten der Kammer nach Rambouillet begeben. Von dort ist er um 6 Uhr abends zurückgekehrt und hat Marshall Petain im Kriegsministerium empfangen. Marshall Petain reist heute abend nach Marokko ab. In seiner Begleitung befindet sich sein Generalstabschef, General George. Nach dem „Journale“ ist es nicht ausgeschlossen, daß Marshall Petain, der zwei Monate in Marokko zu bleiben gedenkt, den General George Marshall Spautes weiter zur Verfügung stellen werde.

Paris, 19. Aug. Poincaré erklärte gestern abend nach einer Besprechung mit dem Marshall Petain bei dem Empfang von Pressevertretern: Marshall Petain wird sich entschließen den bereits nach seiner ersten Marokkoreise getroffenen Beschlüssen wieder nach Marokko zu gehen, um gemeinsam mit Marshall Spautes und dem Oberkommandierenden General Kaulin die letzten Dispositionen für die Offensive zu treffen. Er wird sich insbesondere mit der Verteilung der mobilen Truppen an der Front und der Verwendung der Transporthilfe zu befassen haben. Die französischen Truppen hätten nunmehr, nachdem sie über den Gegner die Oberhand gewonnen haben, ihr Vertrauen wieder erlangt.

Paris, 19. Aug. Einer Savosmedung aus Fez zufolge nimmt der französische Angriff im Raume von Toul weiter überhand. Es hat den Anschein, daß der Feind überhand nehmen wird.

Paris, 19. Aug. Am Vormittag von Taza führten die von den französischen Streitkräften eingeleiteten Teilanriffe, die die Vorbereitung für die angedachte Offensive nach den Plänen Spautes und Kaulins bilden, zu einem Erfolge. Die französischen Truppen haben alle Anariffziele erreicht, wie sie vorgelassen waren. Der Feind mußte sich nach Norden zurückziehen; er wird von unseren Bombenbeschußern verfolgt. Südlich von Toul unterwarfen sich einige Stämme unbeding.

Die französische Antwort an Deutschland

Paris, 19. Aug. Die französische Antwort auf die deutsche Note in der Frage des Sicherheitspaktes ist gestern an den französischen Botschafter in Berlin, de Marce, abgegangen. Sie umfaßt 5 Seiten Text. Der französische Botschafter wird die Antwort der deutschen Regierung überreichen, sobald er vom Quai d'Orsay Anweisung dazu erhalten hat, vorläufiglich Ende dieser Woche.

Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt

Berlin, 18. Aug. Die Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes im Juli, wie sie sich in den Ziffern der Gewerkschaften widerspiegelt, zeigt keine wesentliche Veränderung. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 173 000 auf 176 000 gestiegen, die Zahl der weiblichen auf rund 22 000 Personen geblieben. Die Gesamtziffer ist von rund 195 000 auf 197 000 angewachsen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger der unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern ist von 259 000 auf 252 000 zurückgegangen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der insbesondere im Ruhrbezirk zu verzeichnen war, durch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft noch ansehnlich ausgeglichen werden konnte.

Kommunistischer Bandenüberfall

Berlin, 19. Aug. Die „Völkische Zeitung“ meldet aus Paris: Der Präsident der bulgarischen Sobraie, Kuleff, und der Vizepräsident Wajoff, die sich in Paris zum Besuche der Ausstellung aufhalten, wurden gestern abend am Eingang der Ausstellung von etwa 40 bulgarischen Kommunisten überfallen, die mit Stöcken auf die beiden Präsidenten einschlugen. Die Überfallenen foran auf einen vorbeifahrenden Autobus und entkamen ihren Verfolgern. Inzwischen wurde die Polizei

alarmiert, sie ging mit blanker Waffe gegen die Kommunisten vor, von denen zwei verhaftet wurden. Es handelt sich um frühere bulgarische Studenten, die Mitglieder einer kommunistischen Vereinigung bei sich trugen.

Abkommen über Belgiens Schulden in Amerika

Paris, 19. Aug. (Eig. Funddienst.) Nach hier vorliegenden Meldungen soll die am Dienstag in Washington zwischen Belgien und amerikanischer Regierung erzielte Einigung über die Schuldentilgung auf folgender Grundlage zustande gekommen sein: Die Vereinigten Staaten sollen Belgien die Zinszahlung für die vor dem Waffenstillstand aufgenommenen Anleihen erlassen haben. Die Rückzahlung dieser Schuldentilgung selbst soll in 72 Jahresraten erfolgen. Die Kredite, die Belgien nach dem Waffenstillstand erhalten hat, sollen zunächst zu einem niedrigen Satz verzinst werden, der sich im zehnten Jahr allmählich auf 3,5 Prozent steigern und sich bis zur völligen Amortisierung der Schulden in dieser Höhe halten soll.

Neue Reichsdienst-Strafordnung

Berlin, 19. August. (Eig. Funddienst.) Das Reichsministerium des Innern hat den Entwurf einer Reichsdienst-Strafordnung fertiggestellt, die das Disziplinarverfahren gegen Beamte regelt. An dem bisherigen Strafsystem soll allerdings nach dem Entwurf nichts geändert werden. Verbesserungen sollen sich fast ausschließlich auf das Verfahren beziehen, wobei vor allem die Möglichkeit einer Wiedererhebung abgeklärter Verfahren gegeben werden soll.

Der Nuntius zieht nach Berlin

München, 19. August. (Eig. Funddienst.) Der päpstliche Nuntius Accelli, der diplomatische Vertreter des Vatikan in Deutschland, der bisher seinen Sitz in München hatte, hat am Dienstag abend München endgültig verlassen, um seinen Wohnsitz nach Berlin zu verlegen.

Wirtschaftskämpfe in China

Schanghai, 18. August. Reuters meldet: In einer geheimen Versammlung von Vertretern der verschiedenen Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftsbund für Arbeit, Erziehung und Handel angeschlossen sind, wurde heute beschlossen, aus dem Gewerkschaftsbund auszutreten, da angeblich von Beamten des Gewerkschaftsbundes Streikgebot unterzeichnet worden sind.

Schanghai, 18. August. Reuters meldet, die Lage im Salzenbezirk bessert sich allmählich. Das chinesische Verkehrsministerium in Peking erteilte der hiesigen Postleitung die Ermächtigung, den streikenden Postbeamten eine Erhöhung der Gehälter anzubieten, aber die Streikenden lehnten das Angebot ab. Nach dem Angebot sollen die Anfangsgehälter, die bis 20 Dollar monatlich betragen, auf 35 festgesetzt werden. Über die Streikenden verlangen 52,50 als Anfangsgehalt. Die Leitung des Postamts forderte das Publikum auf, die Briefkästen nicht weiter zu benutzen, sondern die Briefe im Postamt abzugeben.

Zionistkongress — Schwere völkische Ausschreitungen

Wien, 19. Aug. Gestern wurde hier der 14. Zionistenkongress durch den Präsidenten der Weltorganisation, Dr. Weismann, eröffnet. Der Feier wohnten Vertreter der österreichischen Regierung und Mitglieder des Diplomatischen Korps bei.

Während der Tag vollkommene Ruhe verlaufen ist, setzten abends erneut Ausschreitungen gegen den Zionistenkongress ein. Die demonstrierenden Nationalsozialisten wurden von der Polizei abgedrängt. Bis 10 Uhr abends wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Den Väteren zufolge erhielten bereits 126 Verhaftete Arreststrafen von 8—14 Tagen. Die Polizeidirektion teilt mit, daß es um 11 Uhr nachts an verschiedenen Stellen zu neuen Ansammlungen gekommen ist. Die Demonstranten, meist jugendliche Personen, wurden von der Sicherheitswache abgedrängt. Gegenüber rund 70 Personen stellte man Befehlsgebung der Wache und polizeiwidriges Verhalten fest.

Wien, 18. Aug. Die Blätter veröffentlichten einen ergänzenden Bericht der Polizeidirektion über die gestrigen Vorfälle. Danach sind zwei Gruppen zu unterscheiden, eine Gruppe, die wirklich aus politischen Gründen demonstrierte und eine zweite Gruppe, die aus anderen Gründen Ausschreitungen beging. Die letztere habe die Polizei mit Steinen und anderen Wurfgeschossen angegriffen und auch vielfach von Messern Gebrauch gemacht. Die Polizei zählt 21 Verletzte; auch 17 Dienstpferde wurden durch Messerstiche verletzt. Die Gerüchte, daß Demonstranten getötet oder gefährlich verletzt wurden, bewahrheiten sich nicht. Diese Gerüchte wurden von Hebern ausgefressen, wovon einer verhaftet wurde. Unter den Verhafteten befinden sich auch mehrere Reichsdeutsche und Leute, die ihre Wohnungen in der Umgegend von Wien haben. Danach haben also die Wiener Nationalisten von auswärts Zugang erhalten. Die Verhafteten wurden von der Polizei in 11 auf acht bis vierzehn Tagen Polizeihaft verurteilt. In auswärtigen Ruheförder werden nach Verkündung ihrer Strafe sofort ausgewiesen.

Wien, 18. Aug. Das Exekutivkomitee des Zionistenkongresses hielt heute vormittag eine Sitzung ab und beschloß, das Programm des Zionistenkongresses unverändert abzuwickeln. Von einer Verkürzung der Tagung könne keine Rede sein, jedoch der Kongress programmatisch bis 28. August dauern werde. Von den zionistischen Organisationen erhalten die Blätter die Mitteilung, daß man mit einem Zutrom von etwa 30 000 Gästen rechne, daß aber nach den letzten Vorfällen die Ziffer kaum 10 000 erreichen dürfte.

Arbeiterchaft und Fremdenhaß in China

Von unserem ostasiatischen Mitarbeiter

Die große Streik- und Aufrührerbewegung in den Hafen- und Industriestädten Chinas gegen das ausländische Großkapital und seine fremdländischen Vertreter entrollt vor allem auch ein sehr lehrreiches Bild der chinesischen Arbeiterchaft von heute. Klar und deutlich zeigt diese Bewegung den Fortschritt der auch in China erwachenden Arbeiterchaft. Es wäre ganz falsch anzunehmen, daß etwa nur wenige Führer im Sinne der europäischen Arbeiterbewegung erwachen. Seitdem die Industrialisierung auch in China eingedrungen ist, werden die chinesischen Fabrikarbeiter ganz nach abendländischem Muster in Gewerkschaften organisiert und zu modernen, klassenbewußten Gewerkschaftlern erzogen. Gewiß, die Bauern und Landarbeiter leben noch den Trott der alten Zeit. Aber neben der Bewegung der Arbeiterchaft läuft die radikale Strömung der Studenten, ganz ähnlich, wie es einst im zaristischen Rußland der Fall war. Diese Studenten sind mehr oder weniger sozialistisch, mindestens aber stark demokratisch eingestellt. Gleichzeitig hat ihre Bewegung eine stark nationale Färbung, da in ihrem Reide Kapitalismus und Imperialismus einfließen in der Hauptfrage durch die Fremden verkörpert werden.

Ein besonders einprägsames Bild von der Stellungnahme der chinesischen Arbeiterchaft gegen die ausländischen Kapitalisten bietet die Haltung der chinesischen Seemanns-Union, wie sie in verschiedenen Aufrufen an die chinesische Arbeiterchaft und an die Arbeiter der ganzen Welt niedergelegt ist. In ihrer ersten Proklamation unter der Ueberschrift: „Das wildeste und grauamste Gemisch in der Geschichte der Menschheit“ schildert die Seemanns-Union zunächst das Wüten des fremden Kapitalismus: Nach der Anweisung der ausländischen imperialistischen Kapitalisten feuerte die Shanghaier britische Polizei auf unbewaffnete chinesische Studenten, Arbeiter und Zuschauer, die am 30. Mai harmlos in den Straßen von Shanghai demonstrierten. Das blutdürstige Schicksal machte keinen Unterschied unter der chinesischen Bevölkerung und dauerte mehrere Tage an. Das Ergebnis waren 41 Tote und mehr als 120 Verletzte. Auf Seiten der Polizei war kein Verletzter. Ein ähnlicher Fall ereignete sich am 11. Juni in Hankau, wo 15 Personen ihren Verletzungen erlagen und mehr als 60 verletzt wurden. Der Streik, der darauf in größerem Umfang einsetzte, brachte die imperialistischen Kapitalisten nicht zur Vernunft. In der Provinz Kanton wurde am 23. Juni von britischen und anderen ausländischen Soldaten unter Verwendung von Kanonenbooten mit Maschinengewehren und Geschützen in die einheimische Bevölkerung geschossen. Mehr als 80 Chinesen starben auf der Stelle, unter ihnen waren 14 Studentinnen und 6 Kinder. Verletzt wurden mehr als 400 Personen.

Nach dieser Schilderung fährt der Aufruf fort: „Wir sind weder dem japanischen oder dem britischen noch irgend einem europäischen Volk als Nation feindlich gesinnt. Wir sind aber entschieden gegen die Imperialisten, welche eine hochwürdige und graumie Unterdrückung unserer Rasse ausüben. Diese sind Geißeln der Menschheit. Wir sind bereit zu den letzten Opfern für die Befreiung der Menschheit von diesen Feinden der arbeitenden Klasse. Stehet auf, steht auf! Kreuzfahrer aller Nationen! Wir müssen für die Rettung der Menschheit kämpfen und den Imperialismus niederdrücken. Eure Mitarbeit zur Erreichung dieses Endzieles ist dringend erwünscht.“

Diese Proklamation wurde im Namen des Verbandes der chinesischen Seeleute und der 500 000 anderen streikenden Arbeiter veröffentlicht. Der zweite Aufruf erging durch die Presse aller Länder der Welt an die Seemannsvereinigungen und Arbeiterorganisationen aller Staaten. Hier heißt es: „Nach dreimaligem Nütvergehen an unbewaffneten chinesischen Studenten, Arbeitern und demonstrierenden Mäddchen und Knaben und viermaligen Ueberfällen auf Hochschulen nach mehreren Tausenden von Verhaftungen und Körperverletzungen mit schweren physischen Schäden für die chinesischen Einwohner, ist nunmehr die Zweigstelle der chinesischen Seemanns-Union in Shanghai in die Liste der Opfer der ausländischen, übermütigen, habgierigen Imperialisten eingetragt. Diese Zweigstelle wurde am Vormittag des 3. Juni ohne Angabe des Grundes und vorherige Mitteilung von völlig bewaffneten Polizisten und Detektivien überfallen. Angestellte und Mitglieder der Union hatten nicht einmal Zeit, persönliche Sachen mitzunehmen. Das Büro wurde sofort geschlossen und versiegelt. Was für ein Recht hat der ausländische Stadtrat zu seinem Vorgehen? Die chinesischen Seeleute tun ihren guten Dienst für alle Länder der Welt, d. h. die Menschheit.“ Und wieder schließt auch dieser Aufruf mit einem Appell an das internationale Proletariat: „Könnt ihr vor dieser Schande unaktiv bleiben, ohne direkte Hilfe zur Unterdrückung des Imperialismus zu leisten? Unser Feind ist Euer Feind! Unsere Niederwerfung ist eure

Niederwerfung! Reicht uns sofort eure hilfswilligen Hände! Um der Zivilisation willen, um der künftigen Menschheit willen! Sonst werdet ihr und wir alle für immer verloren sein!

In einem dritten Aufruf, der am 8. Juni in Schanghai ebenfalls im Namen des Verbandes der chinesischen Seeleute veröffentlicht wurde, heißt es schließlich: „Wir haben Ungerechtigkeit, Grausamkeit und Völgerei der Schanghaier britischen Polizei beobachtet, die mit Gewehren und Revolvern öffentlich harmlose Studenten sowie Arbeiter gemordet hat, als Studenten und Arbeiter, ohne eine einzige Waffe bei sich zu haben, demonstrierten. Wir stellen fest, daß die persönliche Freiheit der Chinesen mit den Füßen getreten wird, daß unter Leben in Gefahr ist in einer Zeit, wo Rechtslosigkeit, Ungerechtigkeit und Völgerei herrschen. Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, einen allgemeinen Streik durchzuführen, bis Engländer und Japaner zur Ueberzeugung kommen, daß sie uns Unrecht getan haben und sich dem Rechte sowie den Forderungen der Generalunion für Arbeit, Handel und Erziehung Chinas beugen werden.“

Zur gleichen Zeit sandten die chinesischen Seeleute an den Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay MacDonald, den früheren Premierminister, ein Telegramm, in dem es heißt: „Ausländische Stadtpolizei feuerte auf unbewaffnete Studenten, die in Schanghai Reden hielten und gegen die Verhaftung ihrer Kameraden protestierten. Sie hatten an diesem Tage an einer Gedenkfeier für Arbeiter einer japanischen Fabrik teilgenommen, die bei einem Streik von Japanern getötet worden waren. Sieben der Studenten wurden sofort getötet, 30 starben nachher, mehr als 100 wurden verletzt. Das Schießen dauerte mehrere Tage. Die ganze Nation ist entrüstet und protestiert durch Streik zur Erlangung der Gerechtigkeit. Zur Verhaftung der schuldigen Polizei und Beseitigung der imperialistischen ausländischen Unterdrückung ist Ihre Mit Hilfe dringend erwünscht.“

Wie hat man erfahren, ob die britische Zensur dieses Telegramm an MacDonald durchgegeben ließ. Aber aus all den Aufrufen der chinesischen Seeleute erkennt man, wie sehr diese gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse des fernsten Ostens durchdrungen ist von dem Gedanken der internationalen Solidarität zur Niederwerfung des Imperialismus und Kapitalismus, den die chinesischen Arbeiter in den letzten Monaten in der schimmigen Form kennen und hüten gelernt haben.

„Am Grabe der Weimarer Koalition“

In einem Artikel, der die obenstehende Ueberschrift trägt, gibt die „Leipziger Volkszeitung“ ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß die Weimarer Koalition erledigt sei. Sie zitiert aus einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Gen. Schred (Bielefeld) auf einer Bezirkskonferenz gehalten hat, die folgende Stelle:

„Viele hatten sich der falschen Betrachtung einer sogenannten „Volksgemeinschaft“ hingegeben. Man müsse dort Koalitionspolitik treiben, wo es im Interesse der Arbeiterklasse anbräuhel erscheint. Es sei Illusionspolitik, wenn man glaube, mit Republikanismus sozialistische Arbeit leisten zu können. Die sogenannten Republikaner würden sich nicht auf republikanische Tat, sondern nach rechts entwickeln. Beim Zentrum trete das ja insonderheit in Erscheinung. Die gesellschaftliche Tradition und die wirtschaftliche Macht tritt bei den Republikanern in den Vordergrund. Deshalb sei bei Verfassungsverträgen stets zu betonen, daß wir Sozialisten sind. Genosse Schred schloß mit den Worten: Diese Republik ist nicht unsere Republik. Unsere Fahne ist nicht die schwarz-rot-goldene Fahne, unsere Fahne ist das rote Banner der Sozialdemokratie.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ fügt nun den Ausführungen des Gen. Schred diese Betrachtungen hinzu:

„Das Problem Wirth erledigt nicht mehr. Seine Hoffnungen, die man auf Wirth setzte, haben sich als trügerisch erwiesen in dem Moment, als er und die Seinen die Gelegenheit hatten, sich ganz zu entscheiden. Sozialgesetzgebung und Steuerpolitik praktizierten die „Volksgemeinschaft“. Die Bourgeoisie und Junkertum — die Proletariat. Der Wirth hatte wahrlich Gelegenheit, sein berühmtes Wort wahrzumachen, wenn die Kämpfe in der deutschen Politik zu einer neuen scheinbaren Scheidung von Birgertum und Arbeiterklasse führen sollten, würde man ihn auf Seiten der Arbeiterklasse finden. Wir erkennen die Schwierigkeiten fraktioneller Bindung nicht und streiten Herrn Wirth keinesfalls seinen guten Willen ab. Aber gerade in der Unmöglichkeit, diesem Willen politischen Ausdruck zu verschaffen, sehen wir die Belanglosigkeit jener Taktik, die im Vertrauen auf „linke“ Zentrumsführer eine Beeinflussung der Zentrumsarbeit erhoffte. Nicht die „rechten“ Kläner, Guerd, Stengerwald, nein, die „linken“ Ertma, Soos, Giesberts usw. führten die Proletaria ihrer Fraktion im Zentralorgan der Partei, der „Germania“...“

Wir stehen am Grabe der Weimarer Koalition und weinen ihr keine Träne nach. Das Zentrum ist auch vor dem letzten Schritt zurückgekehrt, als es am Montag im Reichstag die Vergewaltigung der Opposition mitmachte. Wir haben in diesen Zeiten vornehmlich des Zentrums gedacht. Das habe aber nicht, als ob wir die Demokraten von dem Ergebnis ausschließen wollten. Ihre „Opposition“ ist eine Scheinopposition, die ihr wahres Gesicht in ihrer „Sachlichkeit“ zeigt, die sich darin ausdrückt, daß man es den Sozialisten „sachlich“ erwidert, ihre Pläne zu verwickeln. Die Regierungsarbeit in Berlin, das ist Diktatur der Bourgeoisie, wie sie lebt und leidet!

Am es noch einmal zu sagen: Die Kräfte des bestklugen Volkes, die wir heute noch zu Millionen in den Reihen des Zentrums und der Deutschnationalen finden, müssen wir gewinnen. Und wir gewinnen sie, wenn wir keine ideologischen Brücken zu ihnen schlagen, sondern wenn wir unsere Politik klar und unerschütterlich an jenes alte Kampfeswort binden, welches mahnd über dem Grabe der Weimarer Koalition lag: „Nieder mit dem Grabe der Weimarer Koalition!“

Die Weimarer Koalition im Reiche hat in der Praxis in dem Moment aufgehört zu existieren, als das Zentrum und die Demokraten eine Regierungsopposition der Mitte eingegangen sind. Und das ist erst recht jetzt der Fall, wo das Zentrum mit den Deutschnationalen sich in einer Koalition befindet. Ob die Weimarer Koalition jemals wieder aufleben wird oder auferstehen kann, ist keine Frage von aktuellem Interesse. Im Gegensatz zu unserem Leipziger Partei-

organ glauben wir sagen zu dürfen, daß die Weimarer Koalition ihre großen Verdienste um das Reich und das deutsche Volk hat und daß im allgemeinen die deutsche Arbeiterklasse es nicht zu bedauern braucht, daß es einmal eine Weimarer Koalition gegeben hat. Die Koalitionspolitik war für uns nie Selbstzweck; sie ist unter Voraussetzungen und Bedingungen entstanden, die in den Verhältnissen begründet lagen und die im entscheidenden Momente zwangsläufig waren. Das eine Koalitionspolitik jeder an ihr beteiligten Partei Opfer auferlegt, darüber haben wir uns nie getäußt, und deshalb Hoffnungen, die vernünftigerweise auf die Leistungsfähigkeit der Koalition zu setzen waren, nur in ganz bescheidenem Rahmen gehabt. Zurzeit sehen wir im Reiche keine Möglichkeit, irgend eine Koalition einzugehen, aber wir sind überzeugt, die Partei wird abermals Koalitionspolitik treiben, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Im übrigen kommt es eben auch darauf an, wie man Koalitionspolitik treibt. Wir in Baden haben im siebenten Jahre Koalitionspolitik und kein ernsthafter politischer Mensch wird bestreiten wollen, daß sie für das Land Baden sich als nützlich erwiesen hat. Ob die Sozialdemokratie in Baden nach den Wahlen abermals Koalitionspolitik treibt, hängt vom Ausfall der Landtagswahlen für die drei bisherigen Koalitionsparteien ab. Möglicherweise spielen auch Fragen der Reichspolitik dabei entscheidend mit. Wir sagen nicht: Koalitionspolitik überhaupt oder gar um jeden Preis, sondern wir sagen: nur dann Koalitionspolitik, wenn die politischen Verhältnisse und das Interesse der Arbeiterklasse sie gebieten.

Zolltarif, Zentrum u. Sozialdemokratie

In der Dienstausgabe des „Bad. Beobachter“ wird über „Böle und Christliche Gewerkschaften“ ein Leitartikel verbrochen. Die Absicht des Artikelverfassers ist, den Zentrumsanhängern vorzumachen, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, d. h. die in der Zentrumsfraktion befindlichen Arbeitersekretäre bei der Beratung des Zolltarifs nicht nur eine Gott, sondern auch den Arbeitern möglichschlechte Arbeit geleistet haben. Und weiter soll mit dem Artikel besetzt werden, die Zentrumsarbeiter darüber hinwegzubringen, daß das Zentrum durch seine Helfersdienste für die Deutschnationalen einen üblen Streich mit da verüben helfen. Zu diesem Zwecke lesen wir im „Beobachter“ wörtlich:

„Was hat demgegenüber die Sozialdemokratie getan? Sie haben die Zeit, wo die christlichen Gewerkschaftsvertreter positiv im Interesse der Arbeitnehmer tätig waren, zur agitatorischen Verheerung ausgenutzt, ohne auch nur den Versuch einer praktischen Mitarbeit zu machen. Wir haben in den letzten Jahren nur Genüsse erfahren, daß mit einer radikalen Ausschweifung des Reichstags und großen öffentlichen Protesten in einer so schwierigen Frage wie der Zollfrage, nichts zu machen ist. Nur eine Kluge und die augenblicklichen Möglichkeiten mit geschmeidiger Zielsicherheit ausnutzende Tätigkeit führt zum Ziele.“

Genau eckrig gefaßt: wir hätten von der journalistischen Erfahrung und der taktischen Klugheit der Redaktion des „Beobachter“ nicht erwartet, daß sie einem so handbreitlichen Unfug und eine aus den Akten des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages nachweisbare Unwahrheit gegen die Sozialdemokratie an leitender Stelle publizieren würde. Diesem in jeder Beziehung unwarthen, in den Tatsachen nicht begründeten Angriff gegen die Sozialdemokratie stellen wir die Tatsache gegenüber: Der Zentrumsführer Heinenbach, wie der Führer der Demokraten Dr. Koch, haben ausdrücklich anerkannt, daß die Sozialdemokratie bei der Beratung des Zolltarifs sachlich mitgearbeitet und sich bis zu der Stunde von jeder Obstruktion ferngehalten hat, bis die Vergewaltigung der Opposition von den Regierungsparteien einsetzte. Die Sozialdemokratie hat sich gerade deshalb in jeder Beziehung über die Durchsetzung der Zollvorlage widersetzt, weil sie auf Kosten sowohl der praktischen wie der politischen Mitarbeit erfolgt ist. Wenn ein Zentrumsabstimm wie der „Bad. Beobachter“ sich dazu hergibt, die Vorgänge bei der Zollvorlage durch solche Artikel bedeu zu wollen, dann ist das ein Beweis dafür, daß das Zentrum seine Position als eine verfehlte unangenehme betrachtet.

Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkriege

Wie wir schon berichtet haben, hat ein Untersuchungsausschuss des Reichstages in jahrelanger Arbeit sich mit den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkriege befaßt. In drei stattlichen Bänden sind die Ergebnisse dieser fleißigen und gewissenhaften Arbeit niedergelegt. Es ist nun interessant festzustellen, wie das nationalistische „Karlsruher Tagblatt“ die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bespricht. Das „Karlsruher Tagblatt“ hat den Eindruck gewonnen, daß die Arbeiten des Ausschusses angeordnet seien, „unter die Parteidocke des vergangenen Jahres einen Strich zu ziehen“. Das Blatt sagt weiter wörtlich folgendes:

„Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich geworden Scheitern der gesamten Offensiv erklärt sich daraus, daß durch die unerbittlichen forcierten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen erschöpft war, und daß ein genügender Mannschafteinsatz und ein ausreichender Vorrat an Kriegsmaterial nicht mehr in Aussicht stand...“

Es folgt dann die Feststellung, daß der Reich militärisch verloren war, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens, dem derienige Oesterreichs folgte, auch die Lage des deutschen Heeres völlig verändert hatte. Von da an erscheint jeder Versuch, mit nur militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, aussichtslos. Als die Oberste Heeresleitung am 29. September einen sofortigen Waffenstillstand zur Rettung vor der militärischen Niederlage für nötig hielt, war jede Tätigkeit der Regierung zur Herbeiführung eines erfolgreichen Friedens aussichtslos. Abschließend kommt der Ausschuss zu folgendem Urteil: Die Oberste Heeresleitung hat ihre Sanftmütigkeit stets in dem guten Glauben gehabt, damit dem Wohl des gesamten Vaterlandes zu dienen. Es entsprach ihrer militärischen Aufnahmungsweise, daß sie solange als es irgendwie möglich erschien, den Gedanken an einen militärischen Ausweg, später wenigstens erfolglos, Frieden verteidigt hat. Die deutsche Kampffront hat bis zuletzt nicht, was in ihren Kräften stand. Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der Obersten Heeresleitung verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit eines Sieges anerkannte. Sie verwarf über keine Verantwortlichkeit, die sich gegen den Willen des Obersten Heeresleitung durchzusetzen vermochte.“

Aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses hat also nun auch das „Karlsruher Tagblatt“ endlich erkennen gelernt, daß Deutschlands Zusammenbruch im Weltkriege aus der totalen Erschöpfung der deutschen Truppen, aus dem Mangel an Kriegsmaterial und aus dem Mangel an Kriegsmaterial entstanden ist. Ferner: daß der Zusammenbruch Oesterreichs und Bulgariens Deutschlands militärische Lage zu einer unheilbaren gestaltete. Indem das „Karlsruher Tagblatt“ diese Tatsachen an leitender Stelle in seiner Montagsnummer wiedergibt und gleichzeitig betont, daß durch diese Feststellungen und Tatsachen unter den Streit über den Zusammenbruch ein Strich gemacht werde, ohreit es sich selbst in der blamabelsten Weise. Gerade das „Karlsruher Tagblatt“ war es, das in all den letzten Jahren in der infamsten und fressendsten Weise den erbärmlichen Schwindel des Generals Ludendorff immer wieder propagiert hat, Deutschlands Niederlage sei durch einen „Dolchstoß im Rücken“ verursacht worden. Das „Karlsruher Tagblatt“ hat immer wieder diesen Vorwurfs, das deutsche Heer habe unerfüllbarlich gestanden und mit der Aussicht auf den Sieg an den Fronten gefest und lebhaft die Mitarbeit der Sozialdemokratie sei es auszuführen, daß der Zusammenbruch gekommen sei. Jetzt, wo ein Untersuchungsausschuss des Reichsparlaments unter einem deutschnationalen Vorsitzenden (Dr. Philipp) die wahren Ursachen in ruhiger und objektiver Arbeit feststellt hat, jetzt endlich muß sich auch das „Karlsruher Tagblatt“ dazu bequemen, der Wahrheit die Ehre zu geben. Systematisch und gewissenlos hat also das „Karlsruher Tagblatt“ all die Jahre hindurch die Tatsachen verflüchtigt und die Sozialdemokratie verleumdet. Und es hat keine Reue all die Jahre hindurch in einer solchen wichtigen Angelegenheit statt angeschlossen. Diese Feststellung zu treffen, war geboten.

Aufsichtsrats-Parlamentarier

In der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir: In einer der letzten Nummern der „Weltbühne“ beschäftigt sich Morus — ein gut unterrichteter Wirtschafts-Journalist — mit den Reichstags- und Landtagsabgeordneten und stellt fest, daß ein großer Teil Vertreter der deutschen Staatsbürger neben ihrem Amte als Abgeordneter Aufsichtsratsposten in allen möglichen Industrie-Gesellschaften innehaben.

Von den 32 Mitgliedern der Demokraten sind 13 Abgeordnete mit Aufsichtsratsposten versehen, und zwar sitzen diese 13 in 81 Gesellschaften. Allein auf den demokratischen Abgeordneten Hermann Fischer entfallen 46 Aufsichtsratsposten.

Von den 51 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei haben 17 Abgeordnete mit 66 Sitzen Aufsichtsratsposten inne.

Von der Deutschnationalen Volkspartei hat Jugenheim die meisten Sitze, und zwar besetzt er in 11 Gesellschaften den Posten eines Aufsichtsrats.

Die Zentrumsparlei hat 13 Aufsichtsrats-Parlamentarier. Reichsanwalt Kammer besetzt 17, Dr. ten Hompel 15, Klöpper 8 Aufsichtsratsposten. Von der Bayerischen Volkspartei haben 4 Abgeordnete 6 Aufsichtsratsposten inne. Insgesamt haben 65 Abgeordnete des Reichstags 269 Aufsichtsratsposten inne.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstags besitzen nur 5 einen, Zanschel und Wille Aufsichtsratsposten, aber nicht in privaten Unternehmungen, sondern in staatlichen bzw. gemeinnützigen Gesellschaften. Dieragen wäre vom sozialistischen Standpunkte aus nichts einzuwenden. Von den Landtagsabgeordneten der Sozialistischen deutschen Landtagsfraktion Genosse Ernst Heilmann a. n. n., seinen privatkapitalistischen Meinungen noch immer nicht entsagen“. Er hat dem Fall Barmer vertrieben Gen. Heilmann im Nebenamt Aufsichtsrat bei Eisen-Werks, den Völperschen Werken K. G. und den Vereinigten Textilwerken Mann und Reinhardt K. G.

Ob ein sozialdemokratischer Abgeordneter Aufsichtsratsposten in rein kapitalistischen Betrieben innehaben darf, dürfte keine Frage mehr sein. Wenn einer unserer Abgeordneten Reichstags vertritt, neben seiner Tätigkeit im Parlament und in der Partei sich zu betätigen, so wäre dagegen nichts einzuwenden, nur darf es nicht ausgerechnet der Posten eines Aufsichtsrats in einem privatkapitalistischen Unternehmen sein. Gläubt der Abg. Heilmann wirklich, daß er in diesen Stellen der sozialistischen Bewegung irgendwie nützen könnte? Gläubt für diese seine Tätigkeit? Wir müssen schon verlangen, daß unsere Abgeordneten sich von berartigen Posten freihalten und ihre Arbeitkraft nicht der kapitalistischen Gesellschaft zur Verfügung stellen. Es wäre wünschenswert, wenn auch hierin auf dem kommenden Reichsparteitag für alle Zukunft Klarheit geschaffen würde.

Die Lieblinge unserer Hausfrauen

Die deutsche Hausfrau, die du Hindenburg gewählt hast, die du vom Reiter tolle Dinge rumerzählt hast, nun setze dich auf deine Hinterfrontsfaßade und leuse: „Schade!“

Nun hast du deinen Senf — zwar anders als du es gemettet — nicht du, doch die Katarie sind vollat ereriet. Dein Reichstag hat mit Graf, Krawall und Postei die Böle durchgerastet — ei, ei!

Nun kommt dein Rettungsmärchen zu dem Trauerenden: Das Fleisch wird teurer, minimum 60 Prozenten, die Böle schneiden dir — und nicht zu knapp — dein Brot, na — um ein Drittel ab!

Die Lebensmittelpreise werden lustig steigen, und Lohnerhöhung — wird sich kaum wohl sein; im Gegenteil: Betriebe werden weiter unentwegt vom Pleitegeier abgeaut und stillgelegt!

Die deutsche Hausfrau hängt dir nun in deiner Küche, in deinem Zukunftsbuch fleischloser Krautkräutchen, zwei Bilder auf. Ich will sie dir verraten — sie klingen dir den Sonntagbraten!

Kauf dir die Bilder — denn du mußt sie sicher haben! — der Nationalminister Neubaus und von Schlieben und hängt sie auf und setz dich auf die Hinterfront und heb sie an und leuse: „Diese Pleite!“ Josef Maria Strauß.

Von den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen

Zum Kampf im Baugewerbe

In der Montanummer haben wir bereits die Wirkungen des Berliner Schiedspruches bei den Vertretern der Bauarbeiter bekannt gegeben. Da in allen solchen wichtigen Fällen die Bauarbeiter selbst zu entscheiden haben und die Gewerkschaftsbeamten den Beschlüssen der Kollegen Geltung verschaffen müssen, fand in Karlsruhe am Dienstag, 18. August, nachmittags 3 Uhr eine Versammlung der Ausgewählten und der zu neuen Bedingungen in Arbeit stehenden Kollegen statt. Eine sehr gut besuchte und von eisernem Kampfeswillen getragene Versammlung der Bauarbeiter hat seit dem 12. Juni, dem Tag des Streikbeschlusses, nicht mehr stattgefunden und würde es wahrhaftig nichts geschadet haben, wenn die Herren Sändig der Arbeitgeberverbände und vor allem der Kammerpräsident Hanfmann von Berlin, der mit den Arbeitgebervertretern den Schiedspruch verbrochen hat, die Stimmung der Bauarbeiter aus nächster Nähe beobachtet hätte.

Das Resultat der Versammlung war folgende Entscheidung:

Die am 18. August im „Volltheater“ in Karlsruhe tagende Versammlung der Bauarbeiter nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem am 14. August in Berlin gefällten Schiedspruch und kam zu dem Resultat, daß dieser Schiedspruch eine rückwärtsgehende Verschlechterung der Bauarbeiter Bedens bedeutet, weil er nicht nur eine Verschlechterung gegenüber dem Schiedspruch in Karlsruhe vom 28. Juli, sondern auch eine Verschlechterung der Löhne gegenüber den Löhnen vor dem Streik bringt. Die Versammlung lehnt aus diesem Grunde den Berliner Schiedspruch einstimmig ab. Die Versammlung ist sich sehr wohl bewußt, daß durch diese Ablehnung der Kampf verlängert wird und daß große Opfer gebracht werden müssen. Die Bauarbeiter sind gewillt, diese Opfer auf sich zu nehmen, weil man ihnen nicht antun kann, bei den fortwährend steigenden Kosten für die Lebenshaltung, Verschlechterungen anzuerkennen.

Die Versammlung beschließt einstimmig, daß der Kampf mit aller Schärfe weiter geführt wird und daß jeder Bauarbeiter, der die Arbeit ohne Genehmigung der Streikkommission bei einem Unternehmer aufnimmt, als Streikbrecher für alle Zeiten zu behandeln ist.

Weiter verpflichten sich die Versammelten, die Streikarbeit mit aller Energie durchzuführen. Gleichzeitig werden die Kollegen, die zu neuen Bedingungen arbeiten, aufgefordert, alles daran zu setzen, daß den Streikbrechern das Handwerk geleistet wird.

Den Maurerorganisationen, die bei den Unternehmern beschäftigt sind, die nicht bewilligt haben, spricht die Versammlung tiefste Beachtung aus, weil sie damit Streikbruch mit voller Absicht verübt haben.

Weiter beschließen die Versammelten, den Deutschen Arbeiterbund, Ortsgruppe Karlsruhe, für diese Sorte „Kollaterale“, die Streikbruch verübt haben und dort Mitalien sind, verantwortlich zu machen, wenn nicht innerhalb drei Tagen diesem Streikbrecheramt der Posten abgeteilt wird.

An die gesamte Arbeiterchaft aber appelliert die Versammlung unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des DGB, recht eindrucksvoll, mitzubekennen, daß den Streikbrechern aus den verschiedenen Gemeinden ihr unsauberes Handwerk recht gründlich geleistet wird.

Zum Schluß beschließt und beauftragt die Versammlung ihre Streikleitung, die Namen der Streikbrecher unter Angabe des Straßennamens und der Wohnung regelmäßig zu veröffentlichen.

Als noch einmal von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen wurde, daß bei den Unternehmern, die den Karlsruher Schiedspruch vom 28. Juli 1925 anerkennen, die Arbeit aufgenommen werden kann, konnte die gut verlaufene Versammlung zum Abschluß gebracht werden.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat sich nunmehr auch der Verband des Baugewerksbundes für die Ablehnung des für das Baugewerbe gefällten Schiedspruches ausgesprochen und beschlossen, den in Frage kommenden Bezirken die Ablehnung des Schiedspruches zu empfehlen. Der Verband ersucht sich nun mit den Maßnahmen, die angesichts der zu erwartenden Durchführung der Generalausperrung im Baugewerbe ergriffen werden sollen.

Singen a. S., 18. August. Am Sonntag, dem 16. August, nahmen Vertreter des Baugewerksbundes, des Zimmererverbandes, den Zentralverbandes christl. Bauarbeiter und der Metzgerin und Feiger zu dem in Berlin gefällten Schiedspruch Stellung. Die Konferenz kam einstimmig zur Ablehnung desselben. Die Vertreter der einzelnen Bezirke verzurteilten das Vorhaben des Reichsarbeitsministeriums. So geht der Kampf in aller Schärfe weiter.

Auch die Zimmerleute lehnen ab. Die Zimmerer von Karlsruhe nahmen gestern zu dem Spruch des Reichsarbeitsministeriums Stellung. Sie nahmen mit Entschiedenheit von demselben Kenntnis und faßten folgende Resolution:

Die heute in der „Gambriushalle“ versammelten Zimmerer lehnen den Schiedspruch ab, welcher in Berlin gefällig wurde. Sie sind gewillt, die Arbeit zu den Bedingungen, die der badische Schiedspruch vorsieht aufzunehmen. Der Kampf wird verschärft fortgeführt.

Es liegt nunmehr in der Hand der Unternehmer ob sie den Kampf beendigen wollen. Sie geben ja an, im Interesse der Allgemeinheit den Streit provoziert zu haben. Die Arbeitsaufnahme liegt aber sicherlich im Interesse der Allgemeinheit.

Der Kampf in der Forzheimer Industrie. Seit dem 11. Juli befinden sich im Gebiet der Forzheimer Schmelzwarenindustrie 34 000 Arbeiter im Streit, durch den sie der Generalausperrung durch die Arbeitgeber ausgesetzt sind. Sie hatten nach Ablehnung eines von der Arbeiterchaft angenommenen Schiedspruches von ihren Arbeitern abgelehnt zu den alten Bedingungen verlannt, andernfalls sie mit 14tägiger Frist zu kündigen beschloßen. Nach langwierigen Verhandlungen war vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin ein Vergleich zustande gekommen, nach dessen Inhalte durch beide Parteien am Montag, den 10. August die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Nach Ziffer 4 dieses Vergleiches verpflichtete sich der Arbeitgeberverband, seinen Mitgliedern zu empfehlen, die bestehenden tatsächlichen Stundenlöhne um denselben Betrag zu erhöhen, um den sich der Mindeststundenlohn für die einzelnen Arbeitergruppen und

Arbeiterklassen erhöht. Diese Verpflichtung ist von Arbeitgeberverband nicht eingehalten worden, obwohl die Organisationen keinen Zweifel daran gelassen hatten, daß in Betrieben, die dieser Bestimmung nicht nachkommen, die Arbeit nicht aufgenommen würde. Nachdem infolgedessen am Montag die Arbeit nicht allgemein wieder aufgenommen wurde, beschloß der Arbeitgeberverband neuerdings, am vergangenen Freitag der gesamten Arbeiterchaft mit 14tägiger Frist zu kündigen. Zu gleicher Zeit verbarren die Zulieferarbeiter im Streit, indem sie ohne Wissen und Willkür der Gewerkschaften eine neue Lohnforderung von 20 Prozent einreichten.

Die neue Kompensation in der Forzheimer Industrie droht, den mit höchster Disziplin und Opferbereitschaft von der Arbeiterchaft zu einem erträglichen Ende geführten Kampf von neuem in vollem Umfang aufzukommen zu lassen. Die schwere Schädigung, die damit über die Forzheimer Industrie und das gesamte Wirtschaftsleben kommt, ist in erster Linie auf die Disziplinlosigkeit in den Reihen des Arbeitgeberverbandes zurückzuführen, da die Gewerkschaften bereit und in der Lage waren, eine Verständigung mit den Zulieferarbeitern herbeizuführen.

Weimar, 17. August (Eig. Bericht.) Der Streit in der Sonneberger Spielwarenindustrie dauert an, nachdem Einigungsverhandlungen, die in Saalfeld unter Vorsitz eines Regierungsvertreters stattfanden, scheiterten. Die Arbeitgeber wollten lediglich eine Lohnzulage von 7 Proz. gewähren, die vom 30. September ab auf 10 Proz. erhöht werden sollte. Der Regierungsvertreter schlägt eine Erhöhung von 10 Proz. bis 18. September und 12 1/2 Prozent bis 30. November vor. Das wurde jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt.

Die in Sonneberg freitenden Transportarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen eine Zulage von 13 Proz. zugesichert worden ist. — Die Gasarbeiter in Steinach, Kaufha und Umgebung sind in den Streit getreten, da die Glasbläuenunternehmer sich weigern, die durch Schiedspruch festgesetzten Tariflöhne zu zahlen.

Köln, 17. August (Eig. Bericht.) Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in Dortmund haben nach langwieriger Aussprache zu einem vollen Erlaß der rheinisch-westfälischen Betrugsmonteurs geführt, nachdem zahlreiche Firmen aus freien Stücken die Lohnforderungen schon bewilligt hatten. Die neuen Lohnsätze sind nun auch durch Schiedspruch, der von beiden Seiten anerkannt wurde, sanktioniert. Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Währungsregeln dürfen nicht kassieren. Der Spitzenlohn beträgt 130 M. Das ist der Fall, den die Gewerkschaften gefordert hatten. Diejenigen Firmen, die bereits früher freiwillig die höheren Löhne bezahlt haben, sind nicht berechtigt, den Mehrbetrag aufzunehmen. Anfangs September treten die Parteien wieder zusammen, um die Löhne für den Monat September festzusetzen. Die Solidarität der rheinisch-westfälischen Betrugsmonteurs hat also zu einem beachtenswerten Erlaß geführt.

Köln, 18. Aug. Die Kölner Gemeindegewerkschaften haben durch die entschlossene Streikbewegung zunächst den Erlaß erzielt, daß die Stadtverwaltung am Dienstag nachmittags in neue Lohnverhandlungen mit den am Streit beteiligten Verbänden eingetreten ist. Die Stadtverwaltung machte dabei folgendes Angebot: Erhöhung des Stundenlohnes für alle Klassen ab 24. Juli bis 15. August um 4 Pfennig, vom 15. August bis 1. September eine weitere Erhöhung um 1 Pfennig und ab 1. September abermals um einen Pfennig, d. h. also insgesamt um 6 Pfennig. Die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaften lautete auf eine Stundenlohnerhöhung um 10 Pfennig für alle Klassen ab 24. Juli. Dieser hatte die Stadtverwaltung keine Lohnserhöhung zuzugestanden. Zu dem neuen Angebot der Stadtverwaltung nimmt eine Versammlung der Streikenden am Donnerstag abend Stellung.

Der Bantangelegenheitsstreik in Frankreich. Paris, 17. August. (Eig. Bericht.) Der Streik der französischen Bantangelegenheiten ist in die vierte Woche eingetreten, ohne daß sich bisher eine Aussicht auf Beendigung des Konfliktes offenbart hätte. Die Bankeinstellungen jüden ihre Anhänglichkeit mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten der rechtfertigen, die für sie aus der geforderten Gehaltserhöhung erwüchsen. Als Antwort auf diesen Vorwand stellen die Entschlossenen, die die Streikenden am Montag vormittags in verschiedenen Versammlungen angenommen haben, fest, daß die verschiedenen Forderungen angenommen werden, falls die zur Erfüllung der Gehaltsforderungen notwendigen Summen mit Rechtigkeit aus den beträftigten, den Reservefonds zufließenden Ueberflüssen, die nicht in die Bilanz eingestellt wurden und nur den Gehaltsrenten zugute kämen, und durch Sparsamkeit bei den Gehältern der hohen Beamten zu beschaffen seien.

Die Entschlossenen betonen noch einmal, daß die Streikenden entschlossen sind, den Kampf bis zum Ende zu führen und nötigenfalls die finanzielle Unterstützung aller Gewerkschaften anzunehmen. Auch in der Provinz verstärkt sich der Kampf der Streikenden. Das Streikkomitee in Marseille hat für nächsten Donnerstag einen 14tägigen Generalstreik erklärt, an dem sich die Hafenarbeiter, die Matrosen, die Angestellten der Straßenbahn und andere Gewerkschaften beteiligen werden.

Das Streikkomitee der Streikenden hat, wie bereits berichtet, als einzige Möglichkeit zur Lösung des Konflikts die Zusammenberufung des Parlaments ins Auge gefaßt. Infolge der Anwesenheit fast der gesamten Fraktion der sozialistischen Partei auf dem Parteitag in Paris hat das Streikkomitee bereits die Unterschriften von etwa 40 Abgeordneten zu Gunsten eines parlamentarischen Einvernehmens erlangt. Auf dem Parteitag selbst hat Preßmann die Einberufung der beiden Kammern zu einer außerordentlichen Sitzung über den Bankkonflikt und die Ereignisse in Marokko vorgeschlagen.

Streik der jüdischen Arbeiter in Potsdam. Berlin, 19. August. Die jüdischen Arbeiter in Potsdam haben dem Magistrat gestern mittags mitgeteilt, daß sie in den Ausstand treten wollen. Der Magistrat hat darauf einen Aufruf an Arbeitswillige erlassen, die anstelle der durch den Streikbeschuß aus den jüdischen Diensten geschiedenen Arbeiter treten sollen. Die Ursache des Streiks liegt in einem Tarifkonflikt.

Scheitern der Einigungsverhandlungen im jüdisch-sächsischen Lohnkampf. Berlin, 18. August. Die gestern und heute in Berlin geführten Einigungsverhandlungen zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft der jüdisch-sächsischen Textilindustrie sind laut „Konfessionär“ ergebnislos verlaufen. Die Klindinger an die Belegschaften der betroffenen Betriebe am 5. September wurden am 18. August ausgeschrieben. Mit den kaufmännischen und technischen Angestellten sowie den Werkmeistern der in Mitteldeutschland gesessenen Betriebe kam in freier Vereinbarung ein Tarifvertrag zustande, wonach die Löhne und Gehälter um 10 Prozent erhöht werden und der Tarifvertrag bis zum 31. März 1926 läuft.

Aus dem Freistaat Baden

Abkündigung des Verfassungstages in Baden

Im „Badischen Beobachter“, dem Hauptorgan des badischen Zentrums, tritt ein Herr J. Sens, in Firma L. Brombacher u. Co. dafür ein, daß auch in Baden der Verfassungstag als gesetzlicher Feiertag abgeklärt wird. Herr Sens meint, daß „das Volk zum Feste feiern gar nicht gestimmt ist“. Herr Sens ist sicher ein braver Zentrumsmann und als solcher bestimmt dafür zu haben, daß alle nur möglichen katholischen Festtage als gesetzliche Feiertage erklärt werden, obwohl „das Volk“ in seiner Gesamtheit bei solchen Festtagen auch nicht immer zum Feste feiern die führenden Personen der Regierung auch bewußt, welche großen Schaden dies für jeden Betrieb hat?“ d. h. wenn der Verfassungstag gefeiert wird, so wird er sicherlich die gleiche Frage nicht stellen, wenn es sich um einen kirchlich-katholischen Feiertag handelt. Ein nationaler Feiertag ist diesem Zentrumsmann also erheblich weniger wert, als irgend ein Tag konfessioneller Feiertage. Daß der „Badische Beobachter“ einer solchen Zuschrift Raum gibt, ohne einen Vorbehalt zu machen, ist auch ein Zeichen der Zeit.

Zentrumspartei und Koalitionspolitik

Genosse Dr. Enaler schreibt uns: Gelegenheit einer Wahlkreis-Konferenz in Freiburg hatte ich ein Referat über badische Politik zu halten. Meine dort gemachten Ausführungen über die Zentrumspartei und die Koalitionspolitik haben verschiedenen Zentrumsmännern Anlaß zu Bemerkungen gegeben. Zunächst hatte ich nicht die Absicht, darauf zu antworten. Nachdem aber versucht wird, meinen Ausführungen einen Sinn zu unterziehen den sie nicht hatten, bin ich zur Erwiderung genötigt.

Zunächst sei bemerkt, daß, wenn man zugewunden ist, in 3 Stunden verschiedene politische und wirtschaftliche Fragen zu streifen, immer die Möglichkeit besteht, daß einzelne Punkte mißverstanden werden. Noch schlimmer ist der Verfall der Sache, wenn die Ausführungen dann kurz zusammengefaßt werden. Es sollte deshalb ein Politiker einen solchen Bericht immer genau und mit Vorsicht lesen. Wenn man im Zentrumsmann das getan hätte, so könnte man nicht die Meinung vertreten, ich hätte den Wunsch gehabt, daß wir aus der Regierung heraus in Oppositionsstellung kommen. Ich habe in Bezug auf Koalitionspolitik sinngemäß folgendes ausgesprochen:

In der letzten Zeit war die Regierungskoalition wiederholt mit Fragen behaftet, deren Lösung außerst schwierig war. Ein Teil der Zentrumspartei hätte offenbar die Steuererlässe lieber mit dem Landtag und den Deutschnationalen gemacht. Der rechte Flügel der Zentrumspartei, geführt von dem Abg. Rüger, ist in der letzten Zeit immer mehr hervorgetreten. Herr Rüger macht aus seiner Rechtsorientierung, seiner monarchistischen Gesinnung und seiner Gegnerschaft gegen die bestehende Koalition in Volkserwartungen auch gar keinen Hehl und es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieser Flügel noch stärker würde und daß dann der Versuch einer Rechtskoalition folgt. Dieser Rechtskoalition könne aber aus verschiedenen Gründen keine lange Lebensdauer beschieden sein und wenn wir einmal aus der Koalition hinausgerückt wären, sei es unsere Aufgabe, zu kämpfen, bis wir unseren Anteil an der Regierungsgewalt wieder erhalten. Ich habe auch ausgesprochen, daß es nicht nur für das Zentrum, sondern auch für uns auf die Dauer nicht möglich ist, etwa eine andere als die jetzige Koalition zu schaffen.

In ganz scharfer Form präziserte nach mir auch Genosse Reinhold unsere politische Stellungnahme, indem er ausführte, daß wir nicht nur in Baden, sondern auch im Reich unbedingt für eine dauernde Anteilnahme an der Staatsverwaltung kämpfen müssen und er wie ich waren allerdings auch der Meinung, daß es Situationen geben kann, in welchen diese Anteilnahme für uns nicht möglich oder uns von den anderen unmöglich gemacht wird. Von irgend welchen kulturkämpferischen Neigungen oder von Sehnsüchten nach einem Bündnis mit der deutschen Volkspartei, um dann in dieser Gemeinschaft „Schwarzwild zu jagen“, war auf der Konferenz nichts zu entdecken.

Zentrumskandidaturen

Singen a. S., 17. August. In einer hier abgehaltenen Wahlkreis-Konferenz der Zentrumspartei für den ersten Landtagswahlkreis wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Die bisherigen Abgeordneten Weiskopf, Hülshorst, Götlicher, Willinger, Ammann-Konkatz, Martin-Duchlitz, Frau Werner-Konkatz ferner Landwirt Kramer-Bachheim und Steuerinspektor Becker-Singen.

In Säckingen wurden in einer Wahlkreis-Konferenz des Zentrums für den zweiten Landtagswahlkreis folgende Kandidaten aufgestellt: Abg. Dr. Köber-Freiburg, Abg. Fischer-Unterlauchringen, Textilarbeiter Emil Berger-Maulburg, Seifenfabrikant Fridolin Huber-Säckingen.

Die deutschnationale Blamage in der Hagenstiege-Affäre

wird in der ganz rechts stehenden „Freisauer Zeitung“ in Freiburg zu vernünftigen gesucht. Dabei steht einwandfrei fest, daß die Deutschnationale Fraktion des Badischen Landtags in der letzten Plenarsitzung bei dem Aufruf der von ihr eingebrachten enttarneten förmlichen Anträge einfach nicht da war bzw. nur zwei ihrer Mitglieder, Frau Abg. Richter und Abg. Lang. Diese aber rührten sich nicht, als der Landtagspräsident Dr. Baumgartner fragte, wer die deutschnationale Interpellation begründen wolle. Natürlich war dann die von Herrn Mager im Saale des Landgerichts in Karlsruhe mit großem Applomb angeführte „arabische Abrechnung“ über den „Saufall Hagenstiege“, wie er sich seinerzeit im Badischen Landtag äußerte, ins Wasser gefallen.

Einige Minuten später erschienen zwar die übrigen deutschnationalen Mitglieder im Sitzungssaal. Sie wurden von den übrigen Parteien mit Gelächter empfangen, weil dieser Ungeordnetenspunkt, dem sie gewiß große Bedeutung beilegen, parlamentarisch erledigt war. Diese Tatsachen sind vorhanden und es helfen alle deutschnationalen Bemäntelungsverläufe nichts. Herr Mager kann von seinen Parteifreunden nicht mehr herausgehoben werden. Zudem ist er in den letzten Monaten überhaut nicht mehr im Landtag erschienen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Betty Köhner, alt 82 Jahre, Witwe von Joh. Köhner, Deponom. Lina Kirsten, alt 72 Jahre, Ehefrau von Felix Kirsten, Gewerkschaftssekretär.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 19. August

Geschichtskalender

19. August, 1819 James Watt, Erfinder der Dampfmaschine, in Dealfield. — 1899 Louis Braille, 1. Schriftsteller, Kantonsrat in Genf. — 1923 Albert Einstein, Buchdruckerführer, in Berlin-Lankwitz.

Der „Preisabbau“

In richtiger Voraussicht, daß die Höhe eine wesentliche Wertenerung der Lebensmittel bringen werden, schloß sich die „Kette“-Regierung veranlaßt, nebenbei in „Preisabbau“ zu machen bzw. dem dummen Volke wenigstens vorzumachen, daß sie Maßnahmen zum Preisabbau in sichere Aussicht stellen könne. In einer halb-offiziösen Klusfassung glaubt die Reichsregierung nunmehr den Schuldigen an der Teuerung gefunden zu haben. Es sind natürlich nicht die Agrarier, sondern die Lebensmittelhändler. So heißt es in einer dieser halb-offiziösen Klusfassungen wörtlich:

„Seit heute noch die Dinge so, daß die Lebensmittelhändlerorganisationen eine Preisdiktatur ausüben, die zu einer unbilligen Situation geführt hat. Es dürfte wahrscheinlich darin liegen, daß die Länder und Gemeinden von der Reichsregierung aufgefordert werden, durch Einrichtung besonderer Verkaufsstellen dem Lebensmittelhandel eine stärkere Konkurrenz zu schaffen. Verkaufsstellen in diesen Waren wesentlich billiger, dann wird sich der übrige Handel gewöhnen sehen, bedeutende Teile seiner Gewinne aufzugeben und die Preise auf ein gesundes Maß zurückzuführen.“

Diese Klusfassung ruft nun die Organisationen des Handels auf die Barrikaden, um die beabsichtigte Einrichtung städtischer Verkaufsstellen zu verhindern. In einem von der Landeszentrale des bad. Einzelhandels an die Presse gegebenen Gegenartikel heißt es:

In diesen Zeilen steht zunächst eine direkte Unwahrheit, denn es ist absolut unzutreffend, daß die „Lebensmittelhändlerorganisationen eine Preisdiktatur ausüben“. Gerade die Organisationen des Einzelhandels sind es, die immer und immer wieder für den freien Wettbewerb eintreten und noch eintreten, der dem Einzelhandel durch die Maßnahmen der Regierung und ihrer Organe so außerordentlich schwer gemacht wird. Wenn natürlich die Reichsregierung unter „freiem Wettbewerb“ versteht, daß die Länder und Gemeinden selbst Verkaufsstellen von Lebensmitteln usw. einrichten und dem legitimen Handel Konkurrenz machen sollen, so müssen sich die Einzelhändler vertretenden Organisationen für einen derartigen freien Wettbewerb bestens bedanken. Sollen denn die unbilligen Zustände der Krieges- und ersten Nachkriegszeit wieder aufleben, in denen die Lebensmittelhändler und sonstigen gemeindlichen Verkaufsstellen ihre absolute Unfähigkeit der Versorgung der Verbraucher so glänzend bewiesen haben? Sollen Staat und Gemeinden aus dem Säckel der Steuern und Umlagen wieder Millionen dafür opfern, daß ein Heer von beamteten Nichtfachleuten in der Verbraucherverwaltung herumgewimmelt. Gewiß, es ist kein Kunststück, einmal vorübergehend einige Artikel billiger verkaufen zu können, als der legitime Kaufmann, wenn die haushälterischen Geschäftswelt und die Letztere in die Warenpreise einfalzen können — Rohne und Gebälter, Steuern usw. — ausgeschaltet bzw. aus Mitteln der Allgemeinheit getragen werden. Aber selbst unter diesen Bedingungen würden die staatlichen und gemeindlichen Verkaufsstellen auf die Dauer nicht lebensfähig sein, denn auf ihnen fallen von vornherein die Summen des Bürokratismus und die mangelnde Sachkenntnis der Einkäufer und Warenvertreter. Daß die Reichsregierung wirklich noch nicht genug an den völlig mißglückten Experimenten noch in aller Erinnerung befindlichen Zeiten, so trauen wir den Ländern und Gemeinden genügend Verständnis zu, daß sie sich nicht mit Sünden und Füssen gegen die Wiederkehr dieser Experimente sträuben werden. Und auch die Allgemeinheit der Verbraucher dürfte sich darüber klar sein, daß man auf diesem Wege den beabsichtigten Preisabbau nicht herbeiführen kann.

Die Regierung erhebt also daraus, daß auf diese Art die „Kette“ nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen kann. Außerdem bezweifeln wir, daß es ihr überhaupt ernst war mit ihrem Vorhaben. Sie wird das, was sie als „wahrscheinlich“ in Aussicht stellt, „wahrscheinlich“ nicht machen. Man wäre mit ihr an allen Stammischen schnell fertig. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß aus der „Kette“ nicht heraus schließlich doch noch zu dem eben angeführten Mittel der Einrichtung von städtischen Verkaufsstellen geschritten werden muß, trotz des abfälligen Urteils der händlerischen Interessengruppen.

Der Kopparbeiter in der Wertstatt

Man schreibt uns: In der Dienstagausgabe der „Badischen Presse“ vom 11. August ds. Jz. wird in einem Artikel „Der Kopparbeiter in der Wertstatt“, die Behauptung aufgestellt, daß der technische Beruf zurzeit die größten Chancen bietet, und daß das Angebot an Arbeitskräften nicht im entferntesten die Nachfrage deckt. Es ist unbegreiflich, wie der Verfasser dieses Artikels eine solche urreisende Behauptung in der Wertstatt aufstellen kann, da bei einer Nachfrage beim Landessamt für Arbeitsvermittlung oder bei dem statistischen Amt sehr schnell eines besseren hätte belehrt werden können. Diese aufgestellte Behauptung ist eine um so größere Falschheit, da der Artikel scheinbar von vielen Zeitungen in der „Berliner Morgenpost“ erschien.

In Wirklichkeit haben alle zuständigen Stellen, Berufsberatungämter, Schulleitungen, der Bund der technischen Anstalten und Beamten und selbst Arbeitgeberverbände im

letzten Jahre immer wieder vor Ergriffung des technischen Berufs gewarnt. Statt 17 000 Studierende waren in den Jahren 1922/24 durchschnittlich 30 000 Studierende und Söler auf den technischen Hochschulen eingeschrieben. Die staatlichen und privaten Mittelschulen sind so stark überfüllt, daß überall Parallelklassen eingerichtet werden mußten und trotzdem Schüler wegen Ueberfüllung abgewiesen wurden. Das Technikum in Mannheim mußte a. B. in Bad Sulza eine Filiale für das 1. Semester einrichten.

Die deutsche Wirtschaft wird, wie man ruhig behaupten kann, in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein, die über alles Maß hinausgehende Zahl von jungen Technikern aufzunehmen. Man muß sich daher fragen, woher der Artikelverfasser seine Weisheit genommen hat, wenn er behauptet, daß vor allen Dingen Ingenieure ohne große Schwierigkeiten Aufnahme finden und daß die Werkleistungen der arbeitsindustriellen Firmen in ständiger Verbindung mit Hochschulen und Techniken stehen, um sich junge Ingenieure zu sichern. Gerade hier in Karlsruhe muß eine führende Firma der Metallindustrie seit 2 Jahren die Zahl ihrer technischen Angestellten immer mehr reduzieren und hat aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus auch vor größeren Massenentlassungen nicht zurückgeschreckt, sowie teilweise technische Angestellte in das Arbeiterverhältnis zurückgeführt. Auch andere Firmen der Metallindustrie hier in Karlsruhe stellen nur sehr vorsichtig und im äußersten Bedarfsfälle technische Kräfte ein, sodas dauernd ein Ueberangebot von stellunglosen Technikern vorhanden ist. Wehlich verhält es sich in anderen Städten in Baden, sowie im ganzen Reich.

Es ist daher unverantwortlich, wenn ohne jede Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse solche Artikel wie der der „Badischen Presse“ veröffentlicht werden, da dadurch leicht in den Köpfen der Eltern Hoffnungen für ihre Söhne erweckt werden, die sich später nicht erfüllen und nach Aufwendung der Kosten des Studiums bittere Enttäuschungen folgen lassen.

Ehe daher junge Leute zur Ergriffung des technischen Berufs schreiten, ist es dringend notwendig, bei den Berufsberatungämtern oder bei dem Bund der technischen Anstalten und Beamten, Gaustelle Karlsruhe, Auskunft einzuholen, um sich vor Schaden zu bewahren.

Der Sonderzug nach Irlisch des Gesangsvereins „Kassalla“ geht am Samstag, den 22. August, vormittags 6.56 Uhr am Hauptbahnhof Karlsruhe ab. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen und können die Teilnehmer gegen Rückgabe des Guthabens am Donnerstag, 20. August, abends von 7-9 Uhr im „Friedrichshof“ ihre Fahrkarte, Reiseprogramm und Quartiersgeld in Empfang nehmen. Die Fahrt geht über den Schwarzwald mit zeitweiligem Aufenthalt in Schaffhausen zur Besichtigung des Rheinfalles. Ankunft in Zürich 3.31 Uhr. Der Sonderzug geht am Samstag abends im Stadttheater ein Konzert mit dem Kammerchor „Freiheit“ und dem Orchester der Arbeitermusik der Stadt Zürich. Am Montag wird A. u. f. B. S. e. i. s. G. r. a. b. ein Besuch abgesehen und daselbst von der „Kassalla“ ein Kranz niedergelegt. Montag abends 12 Uhr kommt der Sonderzug in Karlsruhe wieder an.

„Volksbühne Karlsruhe“ e. V. Mit Beginn der neuen Spielzeit des Landesbühnenvereins nimmt auch die Volksbühne ihre Tätigkeit auf. Sie tritt damit in ihr sechstes Spieljahr ein, seit über Jahresfrist gehört sie dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine an, der über 200 Vereine mit circa 1 600 000 Mitgliedern umfaßt. Diese Vereinigung, deren kulturelle Bedeutung gar nicht hoch genug gewertet werden kann, vermittelt bekanntlich den Kreisen der Bevölkerung, die sich Theaterarten zu normalen Tagespreisen nicht leisten können, den Besuch des Theaters zu dem äußerst mäßigen Einheitspreis von 1.80 M. Die Volksbühne wendet sich in erster Linie an die Arbeiter, die Angestellten, sowie die unteren und mittleren Beamteten. Doch können ihr auch Personen aus allen den Kreisen beitreten, die den oben erwähnten Berufsarten wirtschaftlich gleichgestellt sind. Jedes Mitglied erhält im Verlauf der Spielzeit in ungefähr vierwöchentlichen Abständen 11 Vorstellungen (3 Opern und 8 Schauspiel) und genießt außerdem bei Konzerten, Festen, Ausstellungen, (Theaterveranstaltungen, Konzerten, Tanzabenden, Vorträgen etc.) bedeutende Vergünstigungen. Auch ist geplant, den Mitgliedern die Monatsbeiträge des Vereins frei zuzustellen.

Der Beitritt kann bei den Vertrauensleuten in den Betrieben, Geschäften und Büros erfolgen oder bei der Geschäftsstelle: Stephanienstraße 74, 3. Stad. Tel. 5020, lokal 5-7 Uhr (Samstag nur 11-1 Uhr). Hier auch nähere Auskünfte über alle Einzelheiten. Es ist ratsam, die Einschreibung bald vorzunehmen, da die Volksbühnenveranstaltungen sofort bei Beginn der Spielzeit einsetzen werden. Als erste Vorstellung ist die Neueinstudierung von „Traum ein Leben“ geplant.

Billige Töne bei der Schweizer Kunstausstellung. Um den weitesten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die Schweizer Kunstausstellung zu besuchen, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, sogenannte billige Töne einzuführen. Bis zum Schluß der Ausstellung am 30. August ermäßigt sich jeweils am Mittwoch und Samstag der Eintrittspreis auf 50 Pf. Herdru ist auch dem Winderheimstellen ein Besuch der Ausstellung ermöglicht. Die Schweizer Kunstausstellung, die unter den Kunstausstellungen des letzten Jahres eine ganz besondere Stellung einnimmt, umfaßt das gesamte künstlerische Schaffen der Schweiz des vorigen Jahrhunderts und der Gegenwart. Die Anordnung ist bei der Ueberfüllung des zur Verfügung gestellten Materials jetzt so getroffen, daß die Hauptwerke der einzelnen Maler in der städtischen Ausstellungshalle vereinigt sind, während die übrigen Werke in der badischen Kunsthalle Aufnahme gefunden haben.

Wiener Operette im Rüd. Konzerthaus. Heute Mittwoch, 19. und Freitag, 21. August, finden infolge der zu Ende abendenden Spielzeit die letzten Wiederholungen der mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Ein Walzertraum“ statt. „Gräfin Marisa“ wird morgen Donnerstag, 20. August, um 15. Male gespielt. Auch für dieses Werk ist nur mehr eine Wiederholung in der nächsten Woche vorgesehen. Am Samstag findet die Uraufführung der großen Operettenneubildung „Der

süße Kapeller“ von Leo Fall statt, dem bekannten Komponisten von „Fideler Bauer“, „Madame Bombardier“ etc. Die Inszenierung des Werkes liegt in den Händen des Direktors Sa. Brantner, die musikalische Leitung hat Will Seins.

Kaffee Bauer. Kapellmeister Doseel, der nach beendetem Urlaub die Leitung der Hauskapelle wieder persönlich übernommen hat, wird im heutigen Sondersort Wieniawskis Walze caprice und Heide Rati von Hubas zum Vortrag bringen. (Siehe die Anzeige.)

Valuta

nach dem Berliner Kurs. In Auszahlung: Belgien 18.73 M per 100 belgische Franken. Holland 169.06 M per 100 holländ. Gulden. Spanien 60.40 M per 100 Pes. Schweiz 81.35 M per 100 schw. Fr. Italien 15.06 M per 100 Lire. England 20.384 M per 1 Pfd. Sterl. Schweden 112.76 M per 100 Kronen. Frankreich 19.495 M per 100 frans. Fr. Oesterreich 59.06 M per 100 Schilling. Neuwort 4.195 M per 1 Dollar. Stovatski 12.425 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Donnerstag: Zeitweise Regenfälle, kühl.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Wiener Operette im Konzerthaus: „Gräfin Marisa“. Kaffee Odeon: Künstlerkonzert mittags und abends. Kaffee Bauer: Konzert mittags und abends. Exzellenz-Künstlerkonzert: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in feinem Stil. Gaststätten Grüner Baum: Täglich Konzert, Oberaerhof (Kaffee) Kapelle Kellner jun., Erbsengäßchen die beliebte Kapelle Heimig. Palast-Vorspiele: „Ahtelen“, „Braune und der Hundeskind“. Weltkino: „Mahlung Kurze“ 6 Ufr. — „Tommys abenteuerliche Brautfahrt“ 6 Ufr. Uniontheater Kaiserstraße: „Der des Darmes“. Zentral-Vorspiele: „Moderne Eben“.

Briefkasten der Redaktion

S. S., Baden-Baden. Ein Geseh, nach dem Juden nicht Offizier werden können, gab es zur wilhelminischen Zeit natürlich nicht, sondern nur die Gepflogenheit. Von vereinzelt Fällen in Bayern abgesehen gab es in der deutschen Armee von 1914 keine jüdischen Offiziere. Erst im Kriege hat man von diesem ebenso dummen wie kränkelnden Standpunkt der grundsätzlichen Verweigerung eines gleichen Rechtes Abstand nehmen müssen und schließlich da und dort mit einem Juden als qualifiziert durchgehen lassen. Zur grundsätzlichen Anerkennung eines vollkommen gleichen Rechtes zwischen Juden und sojan. Christen hat sich der preussische Kommunismus nicht durchringen können. Wer ihn kannte, hat auch so viel Intelligenz nicht von ihm erwartet.

„Bittere Gurken“. Die Gurken gehören zu einer Familie, die verschiedene Arten mit bitter schmeckenden Früchten haben. Bei Speisegurken treten sie nur hin und wieder bei Nahrungs- und Wassermangel auf. Es wird auch behauptet, daß Verwendung frischen Gurkenmilches die Erscheinung hervorruft. Solche bittere Früchte kann man an verschiedensten Stellen anfinden und sie sind überall mehr oder weniger bitter. Die Art des Schälens der Frucht hat keinen Einfluss. Solche Früchte sind sowohl als Salat, wie getocht als Gemüse ungenießbar. Früchte anderer bitter schmeckender Arten, wie der Koloquinte, werden in Nordafrika von den Einheimischen getrocknet geessen.

E. Sch., Bismarck. Sie müssen bei der Staatsanwaltschaft die Herausgabe des gestohlenen Goldes verlangen. Der Käufer eines Diebesgutes hat natürlich kein Rechtsanspruch darauf. Schadenersatz muß er auf dem Wege der Zivilklage zu erlangen suchen.

Verbandsangeiger

Derlach (Sängerbund Vornwärts — Frauenchor.) Donnerstag abend punkt 8 Uhr: Singstunde. Daran anschließend: Versammlung des Frauenchores.

Derlach. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonntag, 23. August, Ausmarsch. Antritt 7 Uhr vorm. auf dem Schlossplatz. Abm. 7 Uhr, Rückkunft 12 Uhr mittags. Die Führung.

Serientage bei Geschw. Knopf

So recht eine Verkaufsveranstaltung nach dem Herzen aller sparsamen Leute, aller derer, die mit dem Pfennig rechnen müssen und doch gerne gut und billig einkaufen möchten. Für Haus und Herd, für Küche und Kammer ist Gelegenheit geboten, sich in den Serientagen mit preiswerten Gebrauchsgegenständen zu versorgen. Das einfachste Zimmer läßt sich mit billigen Gardinen und Vorhängen wohnlich schmücken, mit wenig Mitteln kleidet sich jedermann, aber ganz besonders sei, im Hinblick auf die kühlen Herbsttage, die sich nach und nach nähern, darauf hingewiesen, sich mit billigen Wollwaren, Unterzeug, Kleiderstoffen etc. zu versehen. Die Serientage sind im wahrsten Sinne des Wortes ein populärer Verkauf.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Die Eintastierer und Kameradschaftsführer müssen 7.30 Uhr im „Friedrichshof“ antreten.

Diejenigen Kameraden, deren Mitgliedskarte bei der Geschäftsstelle abgesehen ist und noch nicht zurückergeben wurde, können diese heute abend am Saaleingang in Empfang nehmen.

Mistung, Kameraden! Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Friedrichshof“. Strenge Saaltonzolle. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Ata

Henkel's Scheuerpulver

Gebrauche Ata — und im Haus
Sicht's stets bei Dir wie Sonntag aus!
Mit Ata kannst Du alle Sachen
Blitzblank und appetitlich machen!

Ata putzt und scheuert alles!

Karlsruhe i. B.

Kaiserstr. 89.

Photo-Apparate **Alb. Glock & Cie.** Kino-Apparate

Drogerie Wilh. Tscherning
bekannt durch Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karlstrasse
Telefon 519.



Wenn Sie Büromöbel kaufen

dann besichtigen Sie auch die
altbewährten

Stolsberg-Fabrikate

Sie lernen dann Qualitätsmöbel kennen und
beurteilen und kaufen nichts was Sie
später reuen wird.

Weitere Spezialitäten:
Stolsberg-Karteien,
Stolsberg-Blitz-Ordner,
Stolsberg-Blitz-Ordner
Steuermappe.

**FABRIK
STOLZENBERG**
Büroeinrichtungs-A.-G., Oos i. B.

Musterlager in:
KARLSRUHE, Waldhornstr.
FRIBURG i. B.,
Friedrichstrasse
MANNHEIM, E 4, I.

Herren-Hüte-Mützen
ADOLF LINDENLAUB
Kaiserstrasse 191
Karlsruhe

Buchdruckerei „Volksfreund“
Telephon 128 KARLSRUHE Luisenstr. 24

liefert:
Sämtliche Druckarbeiten
schwarz und farbig, in kürzester Frist.

Kinder- und Damen-
sowie
Herren-Konfektion, Berufskleider
ferner
Manufakturwaren jeder Art
finden Sie in größter Auswahl zu niedersten Preisen bei
Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt.

Papiere aller Art, sämtl. Büro-Bedarfsartikel
Farbbänder, Kohlepapiere etc. liefert:
Krös & Botzenhard / Papier-Bürobedarf
Telephon 2940 Westendstraße 29, Hans Sachsstraße 83
Neubau Rückgebäude. Verlangen Sie Angebote!

Kallinich

höchste Qualitäts-Zigaretten
in den Konsumpreislagen
Kallinich, Zigarettenfabrik, Rastatt (Baden)

ExcelsiorKünstlerspiele
Kaiserstrasse 26 / Telephon 977
Direktion: A. UNSER
*
Täglich 8.30 Uhr abends:
„Das Großstadt-Programm“

RUDOLF HIRSCH
SPORTARTIKEL
KARLSRUHE i. B.
JAHNSTR. 18

Trinkt Franz-Bier
Telefon 4 RASTATT
Telefon 4

Gebrüder Kugel Telephon 2708
Gegr. 1867
Rheinstraße 63
**Herrn-Artikel, Kurz-, Weiss-, Woll-
waren, Wäsche-Fabrikation.**



**Der Weise
weiss
wo er kauft**

**MUSIK
APPARATE**
Preiswert
Besuchen Sie unser reich-
haltiges Lager.
Telefon 339



**MUSIK
PLATTEN**
eraktuell
Verlangen Sie unverbind-
liche Vorkühnung.
Kaiserstr. 17b

Wellpappenwerk G.m.b.H.
Bruchsal
Wellpappen in Rollen u. Bogen / Kartonagen

Kaufen Sie Futtermittel
für alle Tierarten nur bei
Albert Schneider A.G. Karlsruhe-Mühlburg
Telefon 2314

Moritz Veith Nachf.
Gegr. 1905
KARLSRUHE
Kronenstr. 34
Möbel, Matratzenstoffe- und Teppiche-Großhandlung

P. M. Gräfinger
RASTATT
Manufakturwaren aller Art / Herren- u. Damenkleider,
stoffe, Ausstattungs-Artikel / Damen-, Kinder- u. Herren-
Konfektion / Teppiche, Läufer, Linolesum / Damen-
und Herrenwäsche
Grosze Auswahl
Billige Preise!

Foto-Handlung H. HUGEL
Schützenstraße 12 / Telephon 2663

Trinkt Milch!

Milchverbrauch u. Volksgesundheit stehen in engem
Zusammenhang. — Tagesration nicht unter 1/2 Liter pro Kopf.

Karlsruher Milchversorgung G.m.b.H.

Philodermine
Auxolin
Haarwasser



stärkt und reinigt den Haarboden und verhindert die Schuppenbildung. Hinterlässt einen lieblichen, nicht aufdringlichen Veilchengesuch.
Preis die Flasche Mark 2.- und Mark 3.-

F. Wolff & Sohn, Karlsruhe

Mk. 29 000 000.-
kommen in der bis zum 31. August dauernden Ziehung der
Preuss.-Südd. Klassenlotterie
zur Verlosung.

Das große Los
und sämtliche Gewinne zu
Mk. 500 000.-
Mk. 300 000.-
Mk. 200 000.-
Mk. 100 000.-
Mk. 75 000.- u. s. w.
sind noch im Gewinnrade.
Eine geringe Anzahl von Kauflosen steht mir noch zur Verfügung.

Lospreise:
1/2 30.- 1/4 60.- 1/8 120.- 1/16 240.-
Zwerg vorm. Götz
Bad Lotterie-Einnehmer
Hebelstraße 11, Waldstraße 38
Telefon 4828, Postscheckkonto 17808

Ziehung bis 31. August

10% RABATT erhalten Sie
trotz billiger Preise in
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1 Treppe

Spotbillige gute Zigarren!

100 Stück zu Mk. 3.-	Hein Laden
100 " " " 4.-	Hein Laden
100 " " " 5.-	Hein Laden

auch Unversteuerte
B. Heß, Kreuzstraße 28
Telephon 887.

Pfannkuch

Für die
Einmachzeit
Sut-
Zucker

Sut ca. 2 Pfund
1 40
Mk.

Wein- und
Estragonessig
offen und in
Flaschen

Eisigessenz

Salicyl-
Pergament-
Papier

Sämtliche
Gewürze

Anfetz-
Branntwein

1 Liter-Flasche
Inhalt
2 50
Mk.

Pfannkuch

Bei günstigen Zahlungs-Bedingungen
und billigsten Preisen
erhalten Sie beim
Kürschner Neumann
3 Erbprinzenstraße 3

Polzjacket / Polzmäntel / Shunks
Opossum / Walaby / Wolf / Fuchs
und andere Garnituren

**Große
Schweizer Kunstausstellung.**
(Städtische Ausstellungshalle.
Von jetzt ab beträgt der Eintrittspreis
jeweils Mittwochs u. Samstags 50 Pf.
je Person.

Die Ausstellungsleitung.

Piano
zu besonders
günstigen Bedingungen
die Ihnen den Kauf
möglich machen.

Lang
Kaiserstraße 167
Salamander-
Schuhhaus.

Leset
den Volksfreund!

Maler!
Für jede Fläche weißeln
u. Gelblich 30 Mk. An-
gebote unter Nr. 4622 an
das Volksfreundbüro erb.

**Uhren
Ketten
Brochen
Anhänger**
in reicher Auswahl
Reparaturen aller Art.
Morgenstr. 12
K. Zepfel, Telefon 5541.

Central-Sichtspiele
Programm vom 19. bis 26. August
Moderne Ehen
mit Fritz Kortner, Wilh. Dieterle etc.
ein Spiegelbild modernen Ehelebens
in 6 Akten.

Pat u. Patachon
in 4 Akten
Was die Wellen plaudern
2 Akte.

KAFFEE BAUER
Heute Mittwoch, 9 1/2 Uhr abends
Großes Sonderkonzert
der verstärkten Kapelle.

Leitung: Kapellmeister Dolezel.
Aus dem Programm:
Vorspiel z. Oper Mephistopheles Bolto
Fantasie aus der Oper Thais Massenot
Peer Gynt Suite Grieg
Valse caprice Wieniawski
Hejre Kat! Hubay
Soloist: Kapellmeister Dolezel.

Gelernter Mechaniker
an selbständiges Arbeiten gewöhnt,
gegen guten Lohn gesucht.
Satzstellen: 6-7 Uhr nachmittags.

Glogowski & Co., Karlsruhe
Erbprinzenstr. 31

Plakate aller Art liefert rasch
und billig
Buchdruckerei
Geck & Cie., Lützen-
straße 24, Teleph. 128.

Plakate aller Art liefert rasch
und billig
Buchdruckerei
Geck & Cie., Lützen-
straße 24, Teleph. 128.

Boranzzeige! **Großes Volksfest** auf dem **Alten Sportplatz Grünwinkel.**
Sonntag, den 23. und Montag, den 24. August 1925

Pfannkuch

**Erfrischungs-
Getränke**

Garantiert
reiner
**Himbeer-
saft**
1/2 Flasche 2.- Mk.
1/4 Flasche 1 20 Mk.

**Citronen-
saft**
1/2 Flasche 55 Pf.
1/4 Flasche 40 Pf.

Reife
Citronen
Stück 5 Pf.

Pfannkuch

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.
Heute Mittwoch, den 19. August, abends 7 1/2 Uhr
die beliebte Operette
„Ein Walzertraum“
von Oskar Straus. 4621

Billetts von Mk. 1.50 b. 5.30 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-
Brunnen, Kaiserallee; Holzschuh, Werderstr. 48 und an der
Tageskasse. Morgen: Gräfin Mariza.

Das ganze Jahr hindurch
Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von
Puppenperleken aus mitgebrachten Haaren.

Verkauf von Puppen und Puppenartikeln.

Erste Karlsruher **H. BIELER** 223 Kaiserstraße 223
zw. Douglas- u. Hirschstr.

**Zigarren-
Sortiererinnen**
zum sofortigen Eintritt gesucht
von 4631

Heinrich Knippenberg, Zigarrenfabrik
Karlsruhe i. S., Marienstr. 60.

Ämliche Bekanntmachungen
Umbau des Marktplatzes u. der Kriegsstraße
Die für den Umbau des Marktplatzes und der
Kriegsstraße zwischen Ritter- und Wittlingerstraße
erforderlichen Aufbruch-, Erd-, Gebläse- und Pfahlar-
beiten hat Verlejen der Vordermannlagen und
das Verlegen der Gehwegplatten sollen vergeben
werden.
Angebote sind vollstet, verschlossen und mit ent-
sprechender Aufschrift versehen bis längstens Mit-
woch, den 26. ds. Mts., vormittags 10 Uhr,
dem Tiefbauamt, Rathaus Zimmer 49 einzureichen,
wo auch die Pläne und Bedingungen zur Einsicht
aufgelegt und die zu verwendenden Angebotsfor-
mularbeite abzugeben sind.
Karlsruhe, den 15. August 1925.
Städt. Tiefbauamt.

Änderung der Städt. Bauordnung.
Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Voll-
ziehbarkeitsklärung des Herrn Landesbauamts
vom 31. Juli 1925 wird die Bauordnung für die
Landeshauptstadt Karlsruhe vom 29. März 1912 wie
folgt geändert:
In der Anlage I, Straßenzuständigkeiten zu § 106
der städtischen Bauordnung, wird an der durch die
alphabetische Reihenfolge gebotenen Stelle eingelezt:

Straße:	Straßenkreuz:	Bau- klasse
Seminar- straße	östliche Seite zwischen Stefanien- und Bismardstraße	6
	zwischen Bismard- und Kollfe- straße	10
	westliche Seite zwischen dem Anwesen Stefanienstraße 30 und Seminarstraße 2	13
	zwischen Seminarstraße 2 und Bismardstraße	6
	zwischen Bismard- und Kollfe- straße	10

Karlsruhe, den 15. August 1925.
Der Oberbürgermeister.

Ueber das Vermögen der Firma Badische
Herzfabrik E. Köpfer AG. vorm. Karl Köpfer
in Karlsruhe, Seppelstraße 5, wurde
heute am 17. August 1925, nachmittags 5
Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die
Gemeinschaftsleiter zahlungsunfähig ist. Der
Rechtsanwalt Emil Müller in Karlsruhe ist
zum Konkursverwalter ernannt. Konkurs-
forderungen sind bis zum 1. Oktober 1925 bei
dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin an-
beraumt vor dem diesseitigen Gerichte zur
Schlussabrechnung über die Reichhaltung des er-
nannten oder die Wahl eines anderen Ver-
walters, sowie über die Befreiung eines
Gläubigers aus dem Konkursverfahren, falls
über die in § 132 der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände auf Mittwoch, den 2.
September 1925, nachmittags 5 Uhr, 2. Stod,
Zimmer 131, und zur Befreiung der ange-
dehten Forderungen auf Mittwoch, den 21. Ok-
tober 1925, nachmittags 5 Uhr, 2. Stod, Zim-
mer 131. Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben
oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind,
ist aufzugeben, nichts an die Gemeinschuld-
nerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die
Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der
Sache und von den Forderungen für welche
sie aus der Sache abgeforderte Befreiung in
Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter
bis zum 1. Oktober 1925 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 17. August 1925. 1515
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A. I.

Rastatter Anzeigen.

Die Ausführung des Reichsstaats-
gesetzes und des dritten Steuerer-
neuerungsgesetzes.

Im Hinblick auf das Aufwertungsgesetz vom
10. 7. 1925 sowie die Änderung des bad. Gebäude-
steuererhebungsgesetzes hat das Ministerium des Innern
durch Bekanntmachung vom 29. Juli 1925 in Verbin-
dung mit der Bekanntmachung des Reichsministers vom
28. 2. 1924 in der Richtung der Bekanntmachung vom
21. 10. 1924 mit Wirkung vom 1. Juli 1925 ver-
ordnet:

Die gefällige Miete beträgt für alle Gemein-
den des Landes 84 v. H. für gewerbliche Räume,
die weder Teile einer Wohnung noch zusammen
mit Wohnräumen berrnietet sind, 100 v. H. der
Friedensmiete in Reichsmark.

In den angegebenen Beträgen der gefälligen
Miete sind die Sätze für laufende und große In-
standhaltungskosten, der Satz für Verwalter- und
Betriebskosten einschließlich der erhöhten Be-
baubehältersteuer, jedoch vorbehaltlich der Be-
stimmungen in Ziffer 2 Absatz 4 der Bekannt-
machung vom 26. 2. 24, sowie für Kapitalverzinsung
enthalten.

Rastatt, den 17. August 1925.
Der Oberbürgermeister.
Kerner.

**Frauenarbeitschule der Gaf'ischen
Stiftung.**

Der nächste Kurs beginnt am Dienstag, den
1. September 1925, vormittags 8 Uhr, und dauert
bis Samstag, den 28. November.

Unterricht wird im Hauptkurs in 32 Wochen-
stunden im Handnähen, Nähmaschinennähen, Kleider-
machen, Weiß- und Kunststoffen erteilt.

Der Abendkurs für ältere Mädchen und Frauen
findet jeweils am Dienstag und Freitag abends von
8-9 Uhr statt. Der Unterricht umfasst die Anfer-
tigung von Kleidern und Bekleidungsgegenständen.

Das Schulgeld beträgt für den Hauptkurs 55 Mk.
und für den Abendkurs 28 Mk., zahlbar in 3 Monats-
raten. Die Erhöhung ist in den Aufwendungen für
Heizung und Beleuchtung begründet.

Anmeldungen für beide Kurse werden von Frau
Bürgermeisterin Götzmann, Kollstraße 8 - Eingang
Herrenstraße - welche auch Kostentzerteil in drei
Wochen vom 17. bis 22. August täglich vormittags
10-12 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr entgegen-
nehmen.

Rastatt, den 15. August 1925.
Das Vürgermeisteramt,
Götzmann